Berliner Sparkasse

Gut für Berlin.
Seit 1818.

Gut für Berlin seit 1818 – unsere Geschichte

Berliner Sparkasse | Gut für Berlin. Seit 1818.

1818 - Die Berliner Sparkasse öffnet ihre Pforten 2
1838 - Das erste deutsche Sparkassengesetz 3
1871 - Die Mark kommt 4
1877 - Berlin wächst 5
1918 - Gold gab ich für Eisen 6
1920 - Groß-Berlin entsteht 7
1925 - Die 20er Jahre 8
1933 - Neue Zentrale am Alexanderplatz 9
1943 - 125-jähriges Jubiläum 10
1945 - Untergang und Neubeginn 11
1948 - Geteilte Stadt 12
1950 - Im Osten ist vieles gleich und doch alles anders 13
1960 - Erstes Berliner Sparkassengesetz (West) 14
1968 - 150 Jahre Berliner Sparkasse 15
1978 - Kundenselbstbedienung und Ausbau der EDV 16
1989 - Der große Ansturm nach dem Mauerfall 17
1990 - Wieder vereint 18
1994 - Globale Träume 19
2001 - Krise der Bankgesellschaft 20
2005 - Die Landesbank wird Aktiengesellschaft 21
2005 - Grundlage für eine gesicherte Zukunft 21
2007 - "Die Landesbank der Sparkassen" 22
2012 - Squeeze-Out 23
2014 - Markenwechsel zur Berliner Sparkasse 24
2018 - 200 Jahre Berliner Sparkasse 25

1818 - Die Berliner Sparkasse öffnet ihre Pforten

Bereits ein Jahr zuvor hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, eine „Sparkasse für die ärmere Klasse“ zu errichten, um der allgegenwärtigen Verelendung zu begegnen.

Rund 200.000 Menschen leben damals in der preußischen Hauptstadt. "Unter den niederen Ständen der Hauptstadt herrschte eine furchtbare, erdrückende Armut und alle Anstrengungen der städtischen Behörden, diese zu lindern, zeigten sich um so nutzloser, als die Mittel, welche die Stadt zu diesem Behufe aufbieten konnte, nur geringe waren," so beschreibt der Chronist Adolf Steckfuß die Berliner Zustände um 1818.

Die Stadtverordnetenversammlung will dieser Massenarmut entgegenwirken. Durch die Gründung der Sparkasse sollen ärmere Bevölkerungskreise, wenn es ihnen finanziell möglich ist, zum Sparen angeregt werden, um für schlechtere Zeiten Vorsorge zu treffen. Sie beschließt deshalb am 31. Juli 1817 – nach "vielen Vorbereitungen und Einholen von Rat bei angesehenen Fachmännern" – eine "Sparkasse für die ärmere Klasse der hiesigen Einwohner zu errichten". Hier dürfen die Anleger 50 Taler als "eisernen Fonds" zurücklegen. Die königliche Regierung teilt am 5. Januar 1818 mit, dass keine Einwände gegen die Gründungspläne bestehen, und der Berliner Magistrat unter dem Oberbürgermeister Johann Stephan Gottfried Büsching kann seine Vorstellungen umsetzen.

Gründung der Berliner Sparkasse wird bekanntgegeben

Am 6. Juni 1818 wird die Gründung der Berliner Sparkasse im Berliner Intelligenzblatt bekanntgegeben:

"Um den hiesigen Einwohnern Gelegenheit zu geben, ihre kleinen Ersparnisse zinsbar und sicher unterzubringen, und ihnen dadurch behülflich zu seyn, sich ein Capital zu sammeln, welches sie bei Verheirathungen, Etablirung eines Gewerbes, im Alter oder in Fällen der Noth benützen können, hat die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, unter Garantie der Commune und unter des Magistrat und ihrer Aufsicht eine Sparkasse zu eröffnen."

Neun Tage später ist es dann soweit: Die Berliner Sparkasse öffnet pünktlich um 9 Uhr morgens am 15. Juni 1818 in der Gerichtslaube, einem Anbau am alten Berlinischen Rathaus in der Spandauer Straße, ihre Pforten. Schon im ersten Jahr ihres Bestehens gibt die Sparkasse 551 Sparbücher aus und nimmt Einlagen in Höhe von 14.032 Talern entgegen.

1838 - Das erste deutsche Sparkassengesetz

Es regelt die Grundvoraussetzungen für die Berliner Sparkasse und ist quasi das Grundgesetz der Sparkassen in Preußen für die kommenden 100 Jahre.

Trotz aller Biedermeier-Beschaulichkeit sind es unruhige Zeiten in Berlin. Geldkrise, Wirtschaftskrise, Schneiderkrawall und Feuerwerksrevolution bewegen die Bürger der preußischen Hauptstadt. Harte Zeiten sind es auch für die Berliner Sparkasse. Die Zahl der Sparbücher stagniert und zwischen 1831 und 1834 übersteigen die Abhebungen sogar die Einzahlungen: Die Anleger sind durch die zahlreichen Krisen und Krawalle, die Folgen der französischen Julirevolution und gleichzeitig Vorboten der Märzrevolution sind, stark verunsichert.

Ein weiteres – vermeintliches – Problem taucht auf: Die Sparkasse wird auch von wohlhabenden Berlinern genutzt und nicht nur von „Dienstboten, Handwerksgesellen, Tagelöhner[n] und allen[n] sonstigen, welche sozusagen aus der Hand in den Mund leben". Diese wohlhabenden Kunden – die sogenannten „Biedermeier des Vormärz'" – führen teilweise 20 bis 50 Sparbücher mit Gesamteinlagen von 1.000 bis 3.000 Talern. Um die Oberklasse und die Kapitalisten aus den Sparkassen herauszuhalten, werden daher im Jahr 1830 Maßnahmen ergriffen: Ab sofort ist ein „Attest" als Beweis für eine untere Verdienstklasse erforderlich.

Grundsätze des Sparkassenwesens

Durch das Sparkassen-Reglement vom 12. Dezember 1838 werden für die Sparkassen in Preußen grundlegende Vorschriften für das Spar- und Kreditgeschäft erlassen. Zudem schaltet sich der Staat in die Aufsicht ein – ein Zeichen für die zunehmende Bedeutung der Sparkassen. Das Reglement wird übrigens zum Vorbild für ähnliche Regelungen der nun überall entstehenden Sparkassen. Darin heißt es:

„Um endlich dem Hauptzweck der Sparkassen, einer weitgehenden Benutzung seitens der ärmeren Klassen, Vorschub zu leisten, muß der geringste Betrag, welchen die Anstalt entgegennimmt, so niedrig wie möglich bestimmt werden (...) Das Maximum der einzelnen Beträge wie des Gesamtbetrages jedes Einlegers ist dem Ermessen der Gemeinde anheimgestellt (...)."

Das Reglement gibt Hinweise zum Zinssatz, der die Bildung von Reservekapital ermöglichen soll. Es sieht vor, dass Sparbücher künftig das Statut der Sparkasse enthalten und auf den Besitzer eingetragen sein sollen. Jedem Sparbuchbesitzer soll der von ihm gewünschte Betrag ohne weiteres ausgezahlt werden.

Nicht übereinstimmende Abschnitte im Statut der Berliner Sparkasse müssen dementsprechend überarbeitet werden. Das bedeutet: Einzahlungen sind von einem bis 25 Talern pro Monat möglich, Rückzahlungen sind jederzeit gewährleistet, allerdings nur bis zu einem Wert von 100 Talern, das Maximalguthaben liegt nach wie vor bei 300 Talern.

1871 - Die Mark kommt

Die Sparkasse benötigt größere Räume und kauft deswegen das Palais Podewil.

Um 1871 hat Berlin bereits über 800.000 Einwohner. Die Berliner Sparkasse hat immer mehr Kunden und benötigt größere Räumlichkeiten. Zudem steht das alte mittelalterliche Berliner Rathaus vor dem Abriss. 1875 zieht sie deshalb in das Palais Podewil in der Klosterstraße 68.

Schon im Januar 1872 erhält die Berliner Sparkasse ein neues Statut: Die Höchstsparbeträge werden vom 1. April an von 300 auf 600 Taler angehoben. Abhebungen und Kündigungsfristen werden günstiger. Die neuen Regelungen stehen in engem Zusammenhang mit dem gewonnenen Krieg gegen Frankreich, bei dem plötzliche Abhebungen keine Rolle mehr gespielt haben. Die Spartätigkeit der Bürger wird durch die getroffenen Maßnahmen stark gefördert.

Mehr Möglichkeiten für Kunden

Die Sparkasse verfügt nun über drei Zahlstellen und 26 Annahmestellen; angestellt sind ein Rendant, ein Kontrolleur, ein Kalkulator, drei Kassierer, 17 Buchhalter und fünf Kassendiener. Der Rendant – die Stelle wird ab 1842 vergeben – ist eine Art Kassenverwalter, ihm obliegt die Buchhaltung. Er wird von der Stadtverordnetenversammlung gewählt und vom Magistrat bestätigt.

Zum Jahreswechsel 1877/78 wird das Statut – nach dem Muster des Statuts der Teltower Sparkasse von 1873 – erneuert. Es werden 1.000 Mark Höchstguthaben festgelegt und Einzahlungen von bis zu 300 Mark pro Monat ermöglicht. Auch können innerhalb von vier Wochen bis zu 100 Mark ohne Vorankündigung abgehoben werden. In diesem Statut wird erstmals nicht mehr von „armen“ oder „nicht bemittelten“ Sparern gesprochen, sondern die Kundschaft besteht nun potenziell aus allen Berliner Bürgerinnen und Bürgern.

Eine gemeinsame Währung

Diese Dekade ist nicht nur für die Berliner Sparkasse ereignisreich: Nach dem deutsch-französischen Krieg wird 1871 das Deutsche Reich gegründet, mit Berlin als Reichshauptstadt. Auch für die Finanzwelt ist es eine bewegte Zeit. Das „Gesetz betr. die Ausprägung von Reichsgoldmünzen“ vom 4. Dezember 1871 setzt den verschiedenen bestehenden Währungen ein Ende – Gulden, Talern, Franken und die vielen anderen im Umlauf befindlichen Münzen werden nun durch Mark und Pfennig als offizielle Reichswährung ersetzt.

Mit dem Deutschen Münzgesetz, das Kaiser Wilhelm I am 9. Juli 1873 unterzeichnet, wird die Währungsumstellung vom Taler zur Mark besiegelt. Ein Taler entspricht nun genau drei Mark. Wenig später sind alle „nicht auf Reichswährung lautenden Noten“ eingezogen. Einzige Währung ist nun die Mark – allerdings nicht die Reichsmark, die kommt erst 1924.

1877 - Berlin wächst

Mit der steigenden Bevölkerungszahl wächst auch die Sparkasse weiter und zieht in das markante Dammühlengebäude direkt an der Spree.

1877 durchbricht die Bevölkerung Berlins die Millionengrenze, 1890 sind es bereits mehr als 1,5 Millionen Einwohner. Die Berliner Sparkasse wächst kräftig mit.

Im Jahr 1882 werden zwei Filialkassen eingerichtet: Für das nördliche Einzugsgebiet liegt sie in der Artilleriestraße, für den Süden der Stadt in der Jacobikirchstraße. In diesen Kassen werden nicht nur Einzahlungen entgegen genommen, sondern auch neue Sparkassenbücher ausgestellt. Letzteres ist in den Annahmestellen nicht möglich gewesen.

Aufgrund der andauernden Raumnot erwirbt die Sparkasse 1886 das Haus Zimmerstraße 90/91, in der die neu gegründete Abteilung II (Spareinlagen) eingerichtet wird. In der Klosterstraße verbleibt die Abteilung I (Hypotheken-, Wechsel- und Giroverkehr). Das Wachstum der Sparkasse hält an: Ende der 1880er Jahre überschreiten die Einlagen der Sparkasse die 100 Millionen-Mark-Grenze, die Berlinerinnen und Berliner besitzen zu diesem Zeitpunkt rund 420.000 Sparbücher.

Schon wieder ein Umzug

So werden schon bald auch diese Räumlichkeiten zu klein. Zur Jahreswende 1893/94 bezieht die Sparkasse das markante Mühlendammgebäude. Die Sparkasse erhält das Parterre, während im zweiten Stock die Armendirektion untergebracht wird. Hier werden elf Kassen eingerichtet, an denen bis zu 650.000 Kunden betreut werden können.

Das Geheimnis des Erfolges

Warum ist die Berliner Sparkasse so erfolgreich? Vielleicht, weil sich viele Menschen so verhalten, wie es 1890 der preußische Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke in einem Brief an den Enkel seines Bruders als nützlich empfiehlt:

„Ich habe Dir das Geld geschickt, damit Du beizeiten lernst, mit Geld umzugehen. Wenn Du den ganzen Betrag in Deinem Sparkassenbuch anlegtest, so wärest Du ein Geizhals, wenn Du ihn in kurzer Zeit verpläppertest, so wärest Du ein Verschwender; das Richtige liegt in der Mitte. Wenn einem Geld geschenkt wird – später musst Du es selbst erwerben – so ist es gerechtfertigt, sich dafür Annehmlichkeiten zu gewähren, aber klug, auch etwas für die Zukunft zu ersparen.“

1918 - Gold gab ich für Eisen

Die deutschen Sparkassen haben zu der Finanzierung des Ersten Weltkrieges beigetragen. Zum Ende des Ersten Weltkrieges feiert die Berliner Sparkasse den 100. Geburtstag in schwierigen Zeiten.

Der Krieg ist nicht nur an der Front fürchterlich, sondern auch für die Menschen in der Heimat. Insbesondere in den großen Städten wie Berlin hungern die Bewohner. Trotzdem kommen sie ihrer vermeintlich patriotischen Pflicht nach und zeichnen Kriegsanleihen.

Die Bürger legen während der Kriegsjahre Kriegs- oder Anleihesparbücher an, die mit staatlichen Zinsversprechungen ausgestattet sind. So verschuldet sich das Reich gegenüber seinen eigenen Bürgern. Die Tilgung der anfallenden Zinsen auf die Kriegsanleihen soll nach einem gewonnenen Krieg über Reparationsleistungen der unterlegenen Gegner erfolgen. Ein ungedeckter Wechsel sozusagen, der platzt, als Deutschland den Krieg verliert.

In Berlin werden Kriegsanleihen in Höhe von 307 Millionen Mark durch die Sparkasse und weitere 188 Millionen Mark direkt von den Sparern gezeichnet. Insgesamt werden im Deutschen Reich Kriegsanleihen in Höhe von 95 Milliarden Mark abgegeben, davon entfallen 495 Millionen Mark auf Berlin.

Ein Jubiläum in schwerer Zeit

Kurz vor dem Ende des Ersten Weltkriegs kann die Berliner Sparkasse auf einhundert erfolgreiche Jahre zurückblicken, doch groß gefeiert wird in diesen Zeiten nicht. In der Zentrale am Mühlendamm gibt eine kleine Ausstellung zur Geschichte der Berliner Sparkasse. Die Sparkassenzeitung schreibt:

„Am 15. Juni d. J. sind 100 Jahre seit Errichtung der Berliner Sparkasse verflossen. Dies Ereignis ist von allgemeinem Interesse, nicht nur weil die Berliner Sparkasse die größte deutsche Sparkasse, sondern auch, weil sie die älteste Gemeinde-Sparkasse ist."

Zu diesem Anlass wird für jedes Berliner Kind zu seiner Geburt ein Konto mit einem Guthaben von einer Mark eröffnet. Das Geld darf allerdings erst ab dem 14. Lebensjahr angetastet werden.

1920 - Groß-Berlin entsteht

Mit der Entstehung von Groß-Berlin wird aus der Berliner Sparkasse die Sparkasse der Stadt Berlin. Die Girozentrale ist ab 1921 Teil der Sparkasse.

Nach jahrelangem Tauziehen ist es am 27. April 1920 so weit: Der Preußische Landtag verabschiedet das „Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin“. Am 1. Oktober tritt es in Kraft und vereinigt sieben Städte, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke zu einer Viermillionenstadt.

Aus viel mach eins

Das Gesetz wirkt sich auch auf die Berliner Sparkasse aus. Am 25. November 1920 fusionieren die Sparkassen der eingegliederten Gemeinden Spandau, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Cöpenick, Wilmersdorf, Lichtenberg, Weißensee, Pankow, Reinickendorf, Steglitz, Lichterfelde, Treptow und Tegel mit der bisherigen Sparkasse in Berlin zur Sparkasse der Stadt Berlin. Ende des Jahres gibt es bereits eine gemeinsame Bilanz. Schon damals hat rund die Hälfte der Berliner - 1,9 Millionen - ein Sparbuch bei der Sparkasse.

Am 12. Dezember 1921 erhalten die Sparkasse der Stadt Berlin und ihre neugegründeten Bezirkssparkassen eine neue Satzung. Die Führungsebene wird um einen Aufsichtsrat (ein Stadtkämmerer, vier Magistratsmitglieder, 16 Stadtverordnete, sechs Bürgerdeputierte und vier Sachverständige der Bezirksämter) erweitert. Der Vorstand besteht künftig aus dem Direktor und drei Abteilungsdirektoren. Außerdem wird die Sparkasse in zwei Abteilungen aufgegliedert: Die Abteilung A - die Sparkassenzentrale der Stadt Berlin - ist für den allgemeinen Sparverkehr zuständig; die Abteilung B - die Girozentrale der Stadt Berlin - für die bankmäßigen Aufgaben und den kommunalen Giroverkehr. Die Sparkasse der Stadt Berlin gilt nun als ein eigenständiger Sparkassenverband.

1925 - Die 20er Jahre

Nach Weltkrieg und Inflation werden die Sparkasseneinrichtungen an den Bedürfnissen der Viermillionenstadt ausgerichtet.

Die gar nicht so „goldenen“ 20er Jahre sind auch für die Sparkasse der Stadt Berlin, wie sie jetzt firmiert, unruhige Zeiten. Zu Beginn dieses Jahrzehnts wird das Land durch die Inflation – die seit Ende des Ersten Weltkriegs langsam und schleichend zugenommen hat – erschüttert. Die Anlagen der Sparkasse schrumpfen über Nacht von 27.933.080.457.000.000 Papiermark auf 28.000 Goldmark. Zinsen werden zum Jahresende 1923 nicht mehr berechnet, „da die Kosten, die den Sparern zur Last gefallen wären, höher gewesen wären als die errechneten Zinsen selbst“. Im November 1923 erreicht die Inflation ihren Höhepunkt: 4,2 Billionen Mark entsprechen im Kurs 1 US-Dollar. Erst mit der Einführung der Rentenmark erholt sich die wirtschaftliche Lage wieder.

Die Berliner Stadtbank entsteht

Am 1. Mai 1925 wird die Berliner Stadtbank – Girozentrale der Stadt Berlin gegründet, die eng mit der Sparkasse verbunden ist. Die Sparkasse der Stadt Berlin und die Berliner Stadtbank sind durch Personalunion – die „Führungsriege“ ist identisch – miteinander verknüpft. Die Stadtbank übernimmt das kurz- und mittelfristige Kreditgeschäft sowie das Depot-, Depositen- und Dienstleistungsgeschäft. Außerdem wird sie als Devisenbank zugelassen. Ihr Stammkapital von 5 Millionen Reichsmark wird von der Stadt Berlin zur Verfügung gestellt.

Die Sparkasse dagegen betätigt sich nun vorrangig im Sparverkehr, dem langfristigen Kreditgeschäft und der Förderung des Wohnungsbaus.
Im gleichen Jahr wird auch der erste Weltspartag durchgeführt. Reichskanzler Hans Luther führt anlässlich der Eröffnung die Beweggründe aus:

„Die Not unserer Zeit erfordert gebieterisch sparsamstes Haushalten von jedem Einzelnen. Kein Pfennig darf unnütz ausgegeben werden! Zu Sparsamkeit und Einfachheit muß insbesondere die heutige Jugend erzogen werden; hier mitzuarbeiten ist wichtigste Pflicht der Eltern, der Schule und Kirche.“

Wer den Pfennig nicht ehrt...

Das Symbol des Pfennigs setzen die Sparkassen nun ebenfalls ein. „Der Pfennig muß es bringen“ lautet der Titel einer 1924 erschienenen Denkschrift die den Wandel von „vorsichtiger Bekanntmachung“ zur „aktiven Propaganda“ der Sparkassen einläutet. Vor dem Krieg war das Deutsche Reich ein wohlhabendes Land; Werbung beschränkte sich auf die Förderung des Spargedankens. Nun müssen alle Möglichkeiten zur Wiederbelebung der Sparidee genutzt werden. Die Sparkassen haben von Anfang an eine Pionierrolle im Bereich der Kreditinstitutwerbung inne.

1933 - Neue Zentrale am Alexanderplatz

Der moderne Bau des Architekten Peter Behrens wird zentraler Sitz der Berliner Sparkasse.

Zu Beginn der 1930er Jahre sind auch die Räume am Mühlendamm zu klein geworden für die wachsende Sparkasse. Da auch die neue Sparkassen-Zentrale im Stadtzentrum liegen soll, fällt das Augenmerk rasch auf den Alexanderplatz. Hier soll nach den Plänen des Berliner Baustadtrats Martin Wagner ein „Weltstadtplatz" entstehen. Zu diesem Zweck wird 1929 ein Wettbewerb durchgeführt, den Zuschlag erhält der Zweitplatzierte, der berühmte Hamburger Architekt Peter Behrens (1868-1940). Dieser wird mit dem Gesamtentwurf beauftragt, gebaut werden schließlich aber nur die sogenannten „Torhäuser", das Alexander- und das Berolina-Haus, die 1932 fertig gestellt werden.

Modern und markant

Das Alexanderhaus ist eines der ersten Bürogebäude in Deutschland, das sich der modernen Stahlbetonskelettbauweise bedient. Hierbei werden die Decken von einzelnen freistehenden Stützen getragen, so dass die Flächen flexibel aufgeteilt werden können. Besonders prägnant ist auch die Fassadengestaltung des Hauses: Die quadratischen Fensteröffnungen – durch ihren Rahmen nochmals in vier Quadrate unterteilt – bilden ein gleichförmiges, markantes Raster.

Behrens' Entwurf sieht im Untergeschoss des Alexanderhauses die Tresore der Sparkasse sowie weitere Lagerräume vor. Im Erdgeschoss liegen Ladengeschäfte und ein Gastronomiebetrieb – das weltbekannte Aschinger –, das auch Räume im ersten Obergeschoss anmietet. Hier schafft die hervorstehende Glasgalerie eine herrliche Aussicht über den Platz. Die übrigen sechs Etagen sind für Büros vorgesehen. Nach Fertigstellung des Hauses im Jahr 1932 bezieht die Berliner Sparkasse im Juli 1933 den Westteil des Hauses, das Kaufhaus Jonaß & Co den Ostteil. Die Berliner Sparkasse führt bis zu ihrer vorübergehenden kriegsbedingten Schließung 1945 hier ihre Geschäfte.

Noch immer am Alex

Die beiden Behrens-Bauten dominieren auch heute – da der Alexanderplatz eine umfangreiche Neugestaltung erfährt – diese Gegend. Als einzige Gebäude haben sie, trotz schwerer Zerstörungen, den Krieg überstanden. Im Alexanderhaus, das in den 1990er Jahren umfangreich saniert wird, hat die Berliner Sparkasse noch immer ihren Sitz.

1943 - 125-jähriges Jubiläum

Auch die Sparkasse trägt über besondere Sparformen zur „geräuschlosen" Finanzierung des Zweiten Weltkrieges bei. 1943 begeht sie ihr 125-jähriges Jubiläum.

Die Berliner Sparkasse muss ihre Geschäftspolitik seit 1933 an den Zielen und Vorgaben des NS-Regimes ausrichten. Mit Beginn des Krieges setzt auch die „geräuschlose Kriegsfinanzierung" ein. Die NS-Führung lehnt öffentliche Kriegsanleihezeichnungen wie im Ersten Weltkrieg ab, daher wird die Methode der geräuschlosen Kriegsfinanzierung aufgenommen. Kreditinstitute treten somit direkt als Geldgeber des Staates auf. Die Mittelbeschaffung erfolgt mithilfe von Reichsanleihen und -wechseln. Auf Privatkonten angesparte Geldbeträge werden auf diesem Weg dem Staat zur Verfügung gestellt, ohne dass die Öffentlichkeit davon Kenntnis hat.

Anders als 1914 führt der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 nicht zu einem Rückgang der Spareinlagen. Im Gegenteil: 295 Millionen Reichsmark Auszahlungen stehen 317 Millionen Reichsmark Einzahlungen gegenüber.

Finanzierung des Krieges

Das „Eiserne Sparen" bildet den Höhepunkt der Maßnahmen, mit denen Teile des Lohns schon vor der Auszahlung direkt dem Staat zufließen. Diese Sondersparform, die zum Nationalen Spartag 1941 eingeführt wird, beruht auf einem steuerlichen Vorteil für Lohnempfänger, die Teile ihres Verdienstes auf so genannte „eiserne Sparkonten" einzahlen. Die Ersparnisse sollen erst „nach dem Kriege, wenn das Warenangebot wieder reichlicher wird", zur Verfügung stehen. Begleitet wird die Aktion von einer breit angelegten Werbekampagne, welche die Spareinlagen rapide ansteigen lässt. Werbefilme mit martialischen Titeln wie „Eisern bleiben", „Eisern sparen" und „Waffe der Heimat", die alle 1942 entstehen, unterstützen die Maßnahme.

125. Geburtstag

1943 feiert die Sparkasse Berlin ihr 125-jähriges Jubiläum, wieder in geschichtsträchtigen Zeiten. Zu diesem Anlass spendet die Berliner Sparkasse Berliner Kindern bis 16 Jahren, deren Väter im Krieg gefallen sind, eine Ausbildungshilfe von 50 Reichsmark. Auf der Jubiläumsfeier malt Reichswirtschaftsminister Walther Funk die Zukunft in rosigen Farben:

„Der Kriegssparer hat eine doppelte Chance. Er sichert seine Zukunft durch den Besitz von Kapital, und er wird mit seinem ersparten Gelde nach dem Kriege besser, billiger und mehr kaufen können als heute, denn es wird dann wieder ein gesunder Leistungswettbewerb aufleben, der sich einerseits in Qualitätsverbesserungen und andererseits in niedrigen Preisen auswirken wird."

Derweil sind die Auswirkungen des Krieges auch für die Berliner Bevölkerung immer mehr zu spüren. So ist die Stadt ab November 1943 massiven Luftangriffen ausgesetzt. Bei Kriegsende gleicht sie einer Trümmerlandschaft.

1945 - Untergang und Neubeginn

Das Alexanderhaus ist zerstört, viele Filialen liegen in Schutt und Asche, doch die Sparkasse ist fast nahtlos für die Berliner da.

Im Endkampf um die Reichshauptstadt im Frühjahr 1945 werden weite Teile Berlins zerstört. Am 23. April muss deshalb auch die Sparkasse ihren Geschäftsbetrieb vorläufig einstellen. Die Zentrale der Sparkasse am Alexanderplatz wird durch die Kampfhandlungen fast vollständig zerstört und alle Unterlagen verbrennen. Monatelang steht in den Kellerräumen Wasser.

Der stellvertretende sowjetische Stadtkommandant Generaloberst Nikolai Bersarin ordnet nach Einstellung der Kampfhandlungen in Berlin in seinem „Befehl Nr. 1“ (Abs. 6.) an:

„Inhaber von Bankhäusern und Bankdirektoren haben alle Finanzgeschäfte zeitweilig einzustellen. Alle Safes sind sofort zu versiegeln. Man hat sich bei den militärischen Kommandanturen sofort mit einem Bericht über den Zustand des Bankwesens zu melden. Allen Bankbeamten ist kategorisch verboten, jegliche Werte zu entnehmen.“

Wiedereröffnung

Diese Richtlinien werden am 15. Mai gelockert, Bank- und Kassenstellen wieder eröffnet. 75 Geschäftsstellen der Berliner Sparkasse nehmen ihren Betrieb wieder auf. Die provisorische Zentrale wird in der Klosterstraße 80-85 eingerichtet.
Die „Neuordnung des Berliner Bankwesens“, die so genannte „Ruhens-Anweisung“, wird am 5. Juni vom Magistrat der Stadt Berlin erlassen:

„Hinsichtlich der Wiederingangsetzung des Zahlungsverkehrs, insbesondere der Banken und Sparkassen, haben die bisherigen Erfahrungen gezeigt, daß für den Neuaufbau innerhalb des Stadtbezirks Berlin der große und weitverzweigte Apparat der vielen verschiedenen Banken zu kompliziert ist. (...) Der Magistrat der Stadt Berlin hat daher im Einvernehmen mit dem Herrn Stadtkommandanten beschlossen, daß in der Stadt Berlin nur noch eine Bank, nämlich die Berliner Stadtbank, Kassengeschäfte ausführen darf. Als neue Berliner Stadtbank ist die Reichsbank bestimmt worden. Sie führt von heute ab den Namen ´Berliner Stadtbank´ (...).“

Die Berliner Sparkasse ist von der „Ruhens-Anordnung“ nicht betroffen. Endgültige Rechtssicherheit erlangt sie durch den Magistratsbeschluss vom 1. September 1947, in dem festgestellt wird, „daß die Städtische Sparkasse vor der Kapitulation und die Städtische Sparkasse nach der Kapitulation rechtsidentisch sind.“ Das heißt, die rechtliche Kontinuität der Sparkasse besteht – unbeschadet der Kriegswirren – seit 1818 unterbrochen.

1948 - Geteilte Stadt

Der beginnende Kalte Krieg und die Teilung führen zur Spaltung der Sparkasse. Die Sparkasse der Stadt Berlin West wird gegründet.

„Die Berliner sind mit bewunderungswürdiger Zähigkeit bestrebt, trotz der geringen Möglichkeiten und der kargen Lebensverhältnisse einen, wenn auch zunächst nur geringen, Kapitalstock zu bilden“, konstatiert der Geschäftsbericht für das Jahr 1947.

Währungsreform im Westen

Der Aufbauwille der Berliner steht im Schatten der immer deutlicher werdenden Teilung Deutschlands und Berlins. In den drei westdeutschen Besatzungszonen soll zum 20. Juni 1948 eine Währungsreform durchgeführt werden. Der Vorschlag, eine gemeinsam von Ost- und Westmächten kontrollierte Währung einzuführen, scheitert am Votum der sowjetischen Seite. Diese beschließt daraufhin, die für den 23. Juni 1948 geplante Währungsreform für die Sowjetische Besatzungszone in ganz Berlin einzuführen. Von den westlichen Stadtkommandanten wird diese Währung in ihren Sektoren für ungültig erklärt. Am 24. Juni erfolgt in den Westsektoren Berlins die Einführung der DM.

Die Sparkasse der Stadt Berlin-West entsteht

Mit der Währungsreform 1948 und der Blockade 1948/1949 wird Berlin zur geteilten Stadt. Die Sparkasse muss die Spaltung mit vollziehen Ende 1948 wird auf Anordnung der westlichen Alliierten die Sparkasse der Stadt Berlin West errichtet.

In der Anordnung der amerikanischen Militärregierung vom 30.12.1948 heißt es:

„Die im amerikanischen, britischen und französischen Sektor von Großberlin gelegenen Zweigstellen der Sparkasse der Stadt Berlin werden hiermit als selbständige Sparkasse unter der Bezeichnung ´Sparkasse der Stadt Berlin West´ errichtet, Zentrale der neuen Sparkasse wird die bisherige Zweigstelle in Berlin-Wilmersdorf, Berliner Str. 40.“

Später zieht die Zentrale der Sparkasse im Westteil der Stadt in die Berliner Straße/Ecke Blissestraße um.

1950 - Im Osten ist vieles gleich und doch alles anders

Die Sparkasse ist in der DDR das wichtigste Kreditinstitut. Sie wird schon bald zu einem Instrument der Gesellschaftspolitik der Regierung.

Nach fast sechs Jahren zieht die Zentrale der Sparkasse der Stadt Berlin – also der Ostberliner Sparkasse – zur Jahreswende 1950/51 wieder in ihr angestammtes Gebäude am Alexanderplatz. Doch die Sparkasse hat sich verändert: Im Osten der Stadt dient sie schon bald als volkseigenes Geld- und Kreditinstitut mit der Aufgabe, das Geld der Bevölkerung als Spareinlagen und andere Einlagen entgegenzunehmen und zu verwalten. Diese Gelder sollten dann möglichst im Interesse der Sparer und des sozialistischen Aufbaues verwendet werden. Zu ihrem Aufgabenspektrum zählt der Spar- und Zahlungsverkehr der Bevölkerung, die Finanzierung des Wohnungsbaus sowie die Finanzierung von Betrieben der örtlichen Versorgungswirtschaft.

Die Sparkassen in der DDR arbeiten auf der Grundlage des Programms und der Beschlüsse der SED. Die gesetzlichen Vorgaben legen eindeutig fest, dass sie der Weisung und Aufsicht des Finanzministers unterstehen. Sie sind damit Vollzugsorgan der Staatsgewalt geworden und ihr Handlungsspielraum ist stark eingeschränkt.

Wie ihr Schwesterinstitut im Westteil der Stadt ist die Sparkasse der Stadt Berlin zunächst mit der Wiederherstellung der Konten, mit der Währungsreform und dem Wiederaufbau beschäftigt. Der Spargedanke lässt sich Anfang der 1950er Jahre aber nur schwer vermitteln: Die Einkommen sind erheblich geringer als im Westen. Erschwerend kommt das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die neue Ost-Mark hinzu.

Der Staat bemüht sich sehr, das Sparen zu fördern und räumt den Anlegern eine Reihe von Vorteilen ein. So sind bis 1962 anonyme Sparkonten zugelassen, Abhebungen sind in beliebiger Höhe ohne Kündigung möglich, Spareinlagen sind von der Vermögensteuer befreit, Zinsguthaben steuerfrei und auch eine Erbschaftsteuer fällt nicht an. Es gibt Prämiensparen und Sparkaufbriefe, bei deren Erwerb sich der Sparer verpflichtet, in einer festgesetzten Periode monatlich einen gewissen Betrag zu sparen.

Das Bausparen ist ebenfalls ein Betriebszweig der Sparkasse, gewinnt aber keine große Bedeutung. Der individuelle Wohnungsbau ist in der DDR – trotz attraktiver Konditionen – nur schwer zu verwirklichen. Geeignete Grundstücke oder Baumaterial sind schwer aufzutreiben. Es gibt aber staatliche Aufbau-Projekte – beispielsweise die Wohnbauten entlang der Stalin-Allee –, die von der Sparkasse unterstützt werden.

1960 - Erstes Berliner Sparkassengesetz (West)

Das Berliner Sparkassengesetz erweitert die geschäftlichen Möglichkeiten und schafft bedeutende strukturelle Veränderungen.

Der 13. Juli 1960 ist ein historisches Datum für die Berliner Sparkasse. Das Berliner Sparkassengesetz, das zugleich die Mustersatzung für die Sparkasse in Berlin ist, löst nach nahezu 125 Jahren das 1. Sparkassenreglement von 1838 ab. Das neue Gesetz erweitert die geschäftlichen Möglichkeiten der Berliner Sparkasse und schafft bedeutende strukturelle Veränderungen. Die Bestimmungen ebnen die Weiterentwicklung zu einem modernen Kreditinstitut.

Aus dem Direktorium wird nun ein Vorstand und die Kompetenzen des Verwaltungsrats werden neu geordnet. Ferner geht die Verantwortung für die Personalverwaltung vom Land Berlin auf die Sparkasse über, jedoch nur in Bezug auf die Angestellten. Daneben gibt es bei der Sparkasse weiterhin Beamte. Vorstandsmitglieder sollen zukünftig keine Beamten, sondern normale Angestellte sein. Die Sparkasse darf jetzt bis zu 50 Prozent der Spareinlagen in Hypotheken und bis zu 10 Prozent in Wohngebäuden anlegen. 12,5 Prozent der Gesamteinlagen dürfen in langfristige Kommunaldarlehen investiert werden.

Erfolg auf ganzer Linie

Das neue Gesetz bildet die Grundlage für die weitere Entwicklung der Berliner Sparkasse und bestätigt gleichzeitig die Erfolge der vergangenen Jahre: Seit 1950 übernimmt die Sparkasse der Stadt Berlin West wieder die Funktion einer Girozentrale für Berlin. Zudem weitet sie ihren Geschäftsbereich merklich aus. Die „Öffentliche Bausparkasse Berlin“ wird als Abteilung der Sparkasse der Stadt Berlin West ins Leben gerufen. 1952 wird das Auslandsgeschäft der Berliner Sparkasse ausgebaut, zwei Jähre später wird sie als Außenhandelsbank zugelassen. Die Sparkasse investiert nun zunehmend auf dem internationalen Geldmarkt. Damit ist ein wichtiger Schritt in Richtung eines Kreditinstituts modernen Typs getan.

Die Spareinlagen der Berlinerinnen und Berliner bei der Sparkasse erreichen im ersten Halbjahr 1953 wieder die 100-Millionen-Grenze – jetzt in stabiler Deutscher Mark. Bereits jetzt hat die Sparkasse über 10.000 Wohnungen und damit 77 Prozent der neu gebauten Wohnungen in Berlin mitfinanziert.

Sparen für den Konsum

Langsam ändert sich die Ausrichtung der Sparkasse – seit Mitte der 1950er Jahre steht nicht die Vorsorge im Vordergrund, sondern vielmehr die Teilhabe am Konsum. Die Sparkassenwerbung geht auf das veränderte Sparverhalten u.a. mit dem Slogan „Das wünsch ich mir, drum spare ich“ ein. Damit reagiert die Sparkasse auf die veränderten Bedürfnisse ihrer Kunden zu einer Zeit der wirtschaftlichen Konsolidierung in Deutschland.

1968 - 150 Jahre Berliner Sparkasse

Großes Fest zum 150-jährigen Jubiläum

Im Juli 1965 zieht die Sparkasse der Stadt Berlin West wieder um. Ihre neue Zentrale ist nun das eigens für die Sparkasse von Günter Behrmann entworfene Gebäude in der Bundesallee in Berlin-Wilmersdorf.

Das 150-jährige Jubiläum, welches die Berliner Sparkasse am 15. Juni 1968 im Ernst-Reuter-Haus begeht, bietet viele gute Gründe für ein großes Fest. Gemeinsam mit der Stadt Berlin hat die Sparkasse viel erreicht: In der Bilanz vom 31. Dezember 1967 werden 882 Millionen DM Finanzierungsmittel für den Wohnungsbau ausgewiesen. Hiermit werden unter anderem der Bau des Hansa-Viertels, der Gropiusstadt und des Märkischen Viertels unterstützt.

Anlässlich der Feierlichkeiten lässt die Sparkasse Goldmedaillen prägen: das alte Berliner Rathaus ziert als Motiv die Vorderseite und die neue Zentrale in der Bundesallee die Rückseite. Zu diesem Jubiläum gibt es auch erstmals eine umfassende Darstellung der Geschichte der Berliner Sparkasse – die Chronik „Immer ging es um Geld“ von Herbert Krafft. Darüber hinaus erhalten die ersten zwei Neugeborenen am 15. Juni 1968 jeweils einen Geldgutschein der Sparkasse.

Die Sparkasse geht Online

In dieser Epoche stellt die Berliner Sparkasse auch eine Reihe von Neuerungen vor. So führt sie beispielsweise in ihrem Jubiläumsjahr den Dispositionskredit und die Sparkassen-Scheckkarte ein. Auch die Umrüstung auf moderne EDV beginnt; hierbei gelten die Sparkassen als Vorreiter. Ab 1968 führt die Sparkasse der Stadt Berlin West die innerbetriebliche Datenverarbeitung ein. Im Vordergrund steht die Rationalisierung der Schalterabwicklung durch die Installation von so genannten Online-Schaltermaschinen. Die Buchungs- bzw. Quittungsvorgänge werden nun vom Schalter aus mit direktem Kontakt zur Rechenanlage durchgeführt (sog. Realzeitverfahren).

Die Sparkasse im Ostteil der Stadt richtet im Rahmen der EDV-Einführung ab 1965 zentrale Buchungszentren ein. 1966 beginnt der erste EDV-Praxistest in der DDR in der Zweigstelle 5 in der Rosenthaler Straße.

1978 - Kundenselbstbedienung und Ausbau der EDV

In Ost- und West-Berlin wird Technik für die Sparkassen immer wichtiger. Die Kunden können ihre Kontoauszüge nun selbst abrufen, es gibt erste Bankdienstleistungen über Bildschirmtext und die Sparkasse in Ost-Berlin bekommt ihren ersten Geldautomaten.

Bei der Sparkasse im Westteil Berlins wird 1978 der erste Geldautomat in der Zweigstelle Kurfürstendamm in Betrieb genommen und ab 1985 stehen für den Ausdruck von Kontoauszügen für die Kunden Kontoauszugsdrucker zur Verfügung.1984 werden zudem Electronic Banking-Dienstleistungen – zunächst über Bildschirmtext BTX – angeboten. Und ab 1988 Nutzung ist die Nutzung von ec-Kassen im Rahmen des POS-Verfahrens (Point of Sale) möglich.

Bei der Sparkasse im Ostteil Berlins werden 1983 in zwei Zweigstellen zu Testzwecken Bankschalterterminals eingesetzt mit folgender technischer Ausstattung: Steuerungseinheit, Bildschirm, Mitarbeitertastatur, Drucker, Lese-/Schreibeeinheit für Geld- und Bedienerkarten mit Magnetstreifen sowie Kundentastatur. Die Sparkasse der Stadt Berlin wird damit als erstes Geld- und Kreditinstitut im RGW-Bereich (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) mit mikroelektronischer Schaltertechnik ausgestattet. Seit 1984 ist der erste Geldautomat in der Zweigstelle Leipziger Straße im Einsatz.

Nach und nach werden in beiden Berliner Sparkassen die betrieblichen Abläufe in immer weiteren Geschäftsfeldern auf die elektronische Datenverarbeitung umgestellt. In den 1990er Jahren erfolgt dann die flächendeckende Ausstattung der Arbeitsplätze mit Computern. Ab 1990 können alle Sparkassenkunden mit ihren ec-Cards und SparkassenCards das Bezahlsystem „electronic cash“ nutzen. Später ist Online-Banking per PC möglich und ab 1999 führt die Berliner Sparkasse Internet-Banking ein.

1989 - Der große Ansturm nach dem Mauerfall

Nur durch den engagierten Einsatz der Sparkassen-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird der Andrang der Ostberliner auf die Sparkassenfilialen gemeistert.

Anfang November ahnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse noch nicht, was auf sie zukommen wird. Am 9. November 1989 fällt nach 28 Jahren Teilung die Berliner Mauer.

Schon am nächsten Tag strömen die Ostberliner zum Schauen und Staunen in den "goldenen“ Westen – viele zum ersten Mal. Jedem DDR-Bürger stehen pro Kopf 100 DM Begrüßungsgeld zu. Ursprünglich war das Begrüßungsgeld nur auf kleine Besucherzahlen ausgerichtet, da die Reisefreiheit für Bürger der DDR sehr eingeschränkt war. Es wurde nur von der Stadt- und Gemeindeverwaltung ausgezahlt. So kommt es nach dem Fall der Mauer schnell zu logistischen Problemen: Lange Schlangen mit bis zu 10.000 Menschen bilden sich vor den Auszahlungsstellen. Eine Alternative muss her. So ordnet Walter Momper, damals regierender Bürgermeister von Berlin, an, dass die Auszahlung des Geldes ab dem 10. November durch Banken und Sparkassen erfolgt. Für die Sparkassenmitarbeiter kommt dies ziemlich plötzlich. Sie nehmen die Aufgabe aber schnell und engagiert an. Was in der getrennten Stadt beginnt, wird bald in der ganzen Republik ebenso gemacht.

In Berlin zahlt die West-Berliner Sparkasse neben vielen anderen Banken das Begrüßungsgeld an die Besucher aus der DDR aus. Die Bürger der DDR müssen hierzu lediglich ihren Personalausweis oder Reisepass vorzeigen. Dieser bekommt dann einen Stempel. Zusätzlich dürfen 15 Ostmark umgetauscht werden. An dieser Aktion sind 93 Sparkassen-Filialen beteiligt, die etwa 80 Prozent aller Anträge in Berlin bearbeiten. Es ist eine gewaltige Aufgabe für die Angestellten, die mit vielen Überstunden und großer Motivation dabei sind. Viele Filialen haben länger als sonst geöffnet, am Anfang sogar über Nacht. An diesem zweiten Novemberwochenende werden insgesamt rund 35 Millionen DM ausgezahlt. Erst am 29. Dezember wird die Zahlung des Begrüßungsgeldes eingestellt.

1990 - Wieder vereint

Schon im Januar arbeiten die beiden Sparkassen eng zusammen und bestehen im Juni zur Währungsunion gemeinsam ihre erste große Bewährungsprobe. Im Laufe des Jahres werden sie unter dem Dach der Landesbank Berlin vereint.

Ab Januar 1990 werden die Kontakte der Sparkassen Ost- und Westberlins immer enger, beispielsweise durch die gegenseitigen Besuche des Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse (West), Hubertus Moser, und des Direktors der Sparkasse (Ost), Siegfried Zausch. Gemeinsam bereiten sich die Sparkassen auf den 30. Juni 1990 vor, die deutsch-deutsche Währungsunion. Am 29. Juni 1990 schließen beide Sparkassen ein Kooperationsabkommen ab.

Gegenseitige Unterstützung

Den größten Anteil an der Währungsumstellung trägt die Sparkasse der Stadt Berlin (Ost): Sie nimmt insgesamt rund 80 % aller Anträge entgegen. Dabei ist sie auf die Hilfe des West-Berliner Partners angewiesen, der Unterstützung auf allen Gebieten leistet. Wieder sind es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit viel Engagement und Einsatzwillen für die Kunden da sind.

Gründung LBB und wieder eine Berliner Sparkasse

Zwei Tage vor der Wiedervereinigung wird am 1. Oktober 1990 die Landesbank Berlin – Girozentrale – (LBB) als Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet. Unmittelbar danach kommen nach über 40-jähriger Trennung die beiden Sparkassen Berlins unter dem Dach der LBB wieder zusammen. Die rechtliche Vereinigung der beiden Berliner Sparkassen wird im Dezember 1990 rückwirkend zum 1. Juli 1990 vollzogen.

Und noch eine Tradition lebt wieder auf: die Einheit aus Sparkasse und Landesbank in Berlin, wie sie 1920 bereits erstmals begründet wurde.
Hubertus Moser, bislang Vorstandsvorsitzender der Berliner Sparkasse, nun Vorstandsvorsitzender der Landesbank Berlin, legt am 31. Dezember 1990 den ersten Bilanzbericht der Landesbank Berlin, inklusive der beiden Sparkassen, vor. Die Bilanzsumme liegt bei rund 31 Milliarden DM. Für das Institut arbeiten zu dieser Zeit ca. 6.000 Beschäftigte, davon 1.800 im Osten der Stadt.

1994 - Globale Träume

Unter dem Dach der Bankgesellschaft Berlin AG führt Berlin seine Bankbeteiligungen zusammen.

Die Bankgesellschaft Berlin wird zum 1. Januar 1994 gegründet. In dieser Holding werden alle Bankenbeteiligungen des Landes Berlin gebündelt. Dazu zählen die beiden privaten Kreditinstitute, die Berliner Bank AG und die Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank AG, sowie die öffentlich-rechtliche Landesbank Berlin mit der Berliner Sparkasse, dem Förderinstitut Investitionsbank Berlin sowie weitere Tochterinstitute dieser Banken.

Die börsennotierte Bankgesellschaft Berlin AG tritt auch als eigene Bank auf; ihr Schwerpunkt liegt im Investmentbanking und dem internationalen Geschäft über eigene Auslandsniederlassungen.

Die gesellschaftsrechtliche Konstruktion des Bankenkonzerns verbindet öffentlich-rechtliche und private Unternehmen. Zwar hat das Land Berlin nur gegenüber der Investitionsbank Berlin eine direkte Weisungsbefugnis – gegenüber den anderen Kreditinstituten liegt diese bei der Bankgesellschaft. Durch die Mehrheitsbeteiligung an der Holding kann das Land aber de facto einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftspolitik des Konzerns ausüben. Damit ist die Grundlage für die Verquickung politischer und wirtschaftlicher Interessen bereits zur Gründung der Bankgesellschaft gelegt.

Zum Zeitpunkt ihrer Gründung beschäftigt die Bankgesellschaft Berlin 13.500 Mitarbeiter. Gemessen an der Bilanzsumme zählt sie zu den zehn größten deutschen Bankkonzernen.

Berlin im Wettbewerb mit Frankfurt

Dem Zusammenschluss der Berliner Kreditinstitute liegen heterogene und zum Teil sehr ambitionierte Zielsetzungen zugrunde. Zum einen soll der Finanzplatz Berlin durch den Zusammenschluss – die Bankgesellschaft ist die mit Abstand größte Bankengruppe in Berlin – gestärkt werden. Die Bankgesellschaft Berlin soll – mit ihrer internationalen Ausrichtung – zu einem „global player“ zumindest auf europäischer Ebene werden, der mit den Frankfurter Großbanken mithalten kann. Zum anderen ist die Neugründung auch Ausdruck der hohen Erwartungen an einen wirtschaftlichen Aufschwung in Folge der deutschen Wiedervereinigung – insbesondere in Berlin und den Neuen Bundesländern.

Der Konzern soll aber auch spezifische Interessen des Mehrheitsgesellschafters, des Landes Berlin, vertreten. So soll durch den Zusammenschluss mit der Landesbank die angeschlagene Berliner Bank AG saniert werden, ohne dass sich dies auf den Landeshaushalt auswirkt.

2001 - Krise der Bankgesellschaft

Das Modell der Bankgesellschaft ist gescheitert. Die EU-Kommission verfügt einen diskriminierungsfreien Verkauf bis Ende 2007.

Die Struktur des Konzerns Bankgesellschaft stellt sich schon wenige Jahre nach seiner Gründung als zu kompliziert und zu wenig transparent dar. Hinzu kommen besondere Schwierigkeiten, die sich aus der Verbindung öffentlich-rechtlicher (Landesbank mit Berliner Sparkasse) und privatrechtlicher Strukturen (BGB AG) ergeben. Deshalb werden in den Folgejahren erste Schritte zur Vereinfachung der Konzernstruktur unternommen.

Ab 2001 werden alle Versuche, dem Konzern eine einfachere Struktur zu geben, von einer Krise überlagert, die die Bank in ihrer Existenz bedroht. Diese Krise resultiert aus hohen Wertberichtigungen im Kreditgeschäft sowie erheblichen Risiken aus dem Geschäft mit Immobilienfonds. Um die Krise abzuwenden, kommt es in der Folgezeit zu harten Einschnitten. Gleichzeitig stützt das Land die Bank mit öffentlichen Mitteln.

Staatliche Beihilfe

Im August des Jahres 2001 wird eine Kapitalerhöhung um 1,997 Mrd. Euro durchgeführt. Davon trägt das Land Berlin einen Anteil in Höhe von 1,755 Mrd. Euro, der Anteilsbesitz des Landes Berlin erhöht sich dadurch von 56,8% auf 80,95%. Verschiedene Vereinbarungen mit dem Land Berlin regeln die Abschirmung des Konzerns gegenüber den hohen Risiken, welche die Tochtergesellschaften der Bank mit ihrem Immobiliendienstleistungsgeschäft verursacht hatten.

Beide Maßnahmen –Kapitalerhöhung und der Risikoabschirmung – sind staatliche Beihilfen. Sie bedürfen deshalb nach EU-Gemeinschaftsrecht der Genehmigung durch die EU-Kommission. Am 18. Februar 2004 werden sie durch die EU-Kommission vollständig bewilligt. Im Gegenzug sagt die Bundesregierung der EU-Kommission einen umfassenden Sanierungs- und Restrukturierungsplan zu. Außerdem muss sich das Land Berlin von seinen Anteilen an der Gesellschaft trennen.

Die EU-Kommission verfügt, dass der Verkauf der Landesanteile offen, transparent und diskriminierungsfrei bis zum 31. Dezember 2007 erfolgen muss. Als Tochter der Bankgesellschaft zählen auch die Landesbank und die dazugehörige Sparkasse zum Veräußerungsumfang.

Die Sanierung kann bereits 2005 erfolgreich abgeschlossen werden. Vor allem die Mitarbeiter, die in den schwierigen Zeiten große Einsatzbereitschaft zeigen und die Stadt, die das Vorhaben unterstützt, machen dies möglich.

2005 - Die Landesbank wird Aktiengesellschaft

Die Bankgesellschaft Berlin ist Geschichte. Mit neuem Schwung arbeitet die Berliner Sparkasse an ihrem Weg in die Zukunft.

Seit 2004 arbeitet der Konzern darauf hin, „Eine Bank“ zu werden. Auf diesem Weg sollen Strukturen deutlich vereinfacht, Transparenz und Steuerbarkeit weiter erhöht, wirtschaftliche Vorteile nutzbar gemacht und die Bank auf ihre anstehende Privatisierung vorbereitet werden.

Das Berliner Sparkassengesetz vom Juni 2005 schafft die rechtlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses Vorhabens, indem es die Umwandlung der Landesbank Berlin – Girozentrale – aus einer Anstalt öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft vorgibt. Dieser Rechtsformwechsel wird zum 1. Januar 2006 vollzogen; die Berliner Sparkasse ist seitdem einerseits Niederlassung der Landesbank Berlin AG; andererseits ist sie – so schreibt es das Berliner Sparkassengesetz vor – selbst eine öffentlich-rechtliche Sparkasse.

Aus Bankgesellschaft wird Landesbank Berlin Holding

Nun steht die Zusammenführung des Bankgeschäfts – bislang auf die beiden Institute Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin AG verteilt – in einer einzigen Einheit an. Dazu wird das gesamte Geschäft der Bankgesellschaft Berlin AG auf die Landesbank Berlin AG übertragen. Die notwenigen Beschlüsse hierfür treffen im Juli 2006 die Hauptversammlungen der beiden Gesellschaften. Jetzt ist die Bankgesellschaft kein Kreditinstitut mehr – sie wird zu einer reinen Finanzholding. Der Konzern ist „Eine Bank“ – die Landesbank Berlin AG mit ihrer Niederlassung Berliner Sparkasse.

In diesem Zusammenhang wird auch der Name der Holding an ihre neue Rolle angepasst: Seit Ende August 2006 heißt die Bankgesellschaft Berlin AG Landesbank Berlin Holding AG. Damit geht das Kapitel „Bankgesellschaft“ für den Konzern zu Ende.

2005 - Grundlage für eine gesicherte Zukunft

Ein neues Sparkassengesetz schreibt die Tradition einer Sparkasse mit öffentlichem Auftrag und ihrer Einheit mit der Landesbank fest.

Die Berliner Abgeordneten verabschieden im Juni 2005 ein neues Sparkassengesetz. Im Auftrag seiner Bürgerinnen und Bürger hat das Land Berlin damit seine Sparkassenhoheit wahrgenommen: Die Regelung des Sparkassenwesens ist in der Bundesrepublik grundsätzlich Sache der Länder.

Das Berliner Sparkassengesetz war durch die Beihilfeentscheidung der EU-Kommission erforderlich geworden. Im Zuge der Krise der Bankgesellschaft hat die EU-Kommission Beihilfen des Landes mit einem Wert von insgesamt 9,7 Milliarden Euro unter Auflagen genehmigt.

So muss sich das Land bis zum 31. Dezember 2007 von seinen Anteilen an der Bankgesellschaft trennen. Zum Verkaufsumfang gehört auch die Berliner Sparkasse. Ziel des Parlaments ist es einerseits, diese Auflage zu erfüllen, andererseits die Berliner Sparkasse für Berlin zu erhalten. Das neue Sparkassengesetz ermöglicht beides: Das Bestehen der öffentlich-rechtlichen Berliner Sparkasse ist für die Zukunft gesichert. Und dies unabhängig von ihrem Eigentümer.

Landesbank erhält die Trägerschaft an der Berliner Sparkasse

Das Gesetz ermöglicht zunächst einmal, dass die öffentlich-rechtliche Landesbank zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird. Das Land beleiht die Landesbank Berlin AG mit der Trägerschaft an der öffentlich-rechtlichen Sparkasse; das heißt, es überträgt der Landesbank die Aufgabe, die Berliner Sparkasse zu führen und die typischen Sparkassenaufgaben zu erfüllen.

Innerhalb der Landesbank ist die Sparkasse eine teilrechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalt – damit gibt es in Berlin auch auf der Grundlage des neuen Gesetzes eine öffentlich-rechtliche Sparkasse. Mit der Beleihung wird der Landesbank – der Trägerin der Berliner Sparkasse – auch die Verwendung der gesetzlichen Bezeichnung „Berliner Sparkasse“ zugewiesen.

Darüber hinaus legt das neue Berliner Sparkassengesetz den öffentlichen Auftrag der Berliner Sparkasse fest, der in seinem Kern seit der Gründung der Berliner Sparkasse 1818 praktisch unverändert besteht und verankert zwei weitere Grundprinzipien:

Zum einen, dass bei der Berliner Sparkasse hohe Gewinne nicht der Hauptzweck sind. Zum anderen das Regionalprinzip. Das heißt, dass der Geschäftsbetrieb der Sparkasse auf das Land Berlin auszurichten ist. Damit bleibt die Arbeit der Berliner Sparkasse auch künftig auf das Gemeinwohl Berlins fokussiert.

2007 - "Die Landesbank der Sparkassen"

Im August 2007 wird die von der EU-Kommission geforderte Veräußerung abgeschlossen. Die Landesbank Berlin gehört nun 420 deutschen Sparkassen.

Im Jahr 2004 hatte die Europäische Kommission die Restrukturierungsbeihilfen des Landes Berlin, die durch die Krise der Bankgesellschaft im Jahr 2001 notwendig geworden waren, genehmigt. Die Veräußerung der Anteile des Landes Berlin an der Landesbank Berlin Holding bis Ende 2007 erfolgt, wie von der EU-Kommission gefordert, diskriminierungsfrei.

"Diskriminierungsfrei" bedeutet, dass jeder fachlich und finanziell geeignete Bieter die Chance zum Kauf bekommen muss - egal ob aus dem In- oder Ausland, ob öffentlich oder privat. Die Berliner Sparkasse stand so mit als erste deutsche Sparkasse zum Verkauf. Unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen hatte das Land Berlin mit seinem neuen Sparkassengesetz von 2005 die Zukunft der Berliner Sparkasse bereits gesichert.

Am 19. Januar 2007 wird das Verkaufsverfahren eingeläutet. Von den zahlreichen deutschen und ausländischen Interessenten werden 15 für den weiteren Prozess zugelassen. Diese erhalten einen Einblick in die Strategie, Geschäftsfelder und Finanzdaten des Konzerns Landesbank Berlin. Auf dieser Grundlage reichen neun Bieter nicht verbindliche Angebote ein. Anschließend bekommen sieben dieser Bieter Zugang zum Datenraum der LBB, im dem – sonst vertrauliche – Detailinformationen zur Bank offengelegt werden.

Als Alternative zum Bieterverfahren bereiten das Land Berlin und die Bank zeitgleich eine mögliche Börsenplatzierung der Landesanteile vor. Am 1. Juli wird die Absicht einer Börsenplatzierung bekannt gegeben. Gleichzeitig veröffentlichen die Investmentbanken sogenannte Researchberichte, die eine Finanzanalyse des Unternehmens enthalten. Auch ein umfangreicher Börsenprospekt wird erstellt und der BaFin zur Prüfung vorgelegt.

Im Bieterverfahren reichen drei Bieter am 1. Juni verbindliche Angebote ein, Kaufvertragsverhandlungen zwischen dem Land Berlin und den Bietern folgen. Am 15. Juni erhält der DSGV den Zuschlag: Für insgesamt 5,6 Milliarden Euro kaufen rund 420 Sparkassen, die sich in einer Erwerbsgesellschaft zusammengeschlossen hatten, die Landesbank Berlin mit der Berliner Sparkasse. Der Kaufvertrag wird am 8. August 2007 wirksam. Damit sichern sich die deutschen Sparkassen den Fortbestand der Berliner Sparkasse im öffentlich-rechtlichen Lager. Gleichzeitig ist die Berliner Sparkasse damit die erste Sparkasse, die direkt den Sparkassen gehört.

2012 - Squeeze-Out

Die Landesbank Berlin Holding gehört endlich zu 100 Prozent den Sparkassen.

Nachdem Verkauf der Landesbank Berlin im Jahr 2007 wurde die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG Hauptaktionärin der Landesbank Berlin Holding AG. Ihr gehören seitdem mittelbar und unmittelbar 98,67 Prozent der Aktien, 1,32 Prozent sind im sogenannten Streubesitz unter Kleinaktionären.

Damit die Landesbank ganz den Sparkassen gehört, kommt es im April 2012 zu einem „Squeeze Out“ (engl. „hinausdrücken“). Damit bezeichnet man an der Börse ein Verfahren, bei dem der Mehrheitsaktionär, wenn er mehr als 95 Prozent der Aktien hält, die Minderheitsaktionäre per Barabfindung auszahlen kann und so 100 Prozent der Aktien erhält.

Ziel ist es, mehr Flexibilität bei Entscheidungen zu erlangen und Kosten zu sparen. Denn oft werden Entscheidungen von Kleinaktionären angezweifelt oder sogar angefochten. Die Klagen können sich über Jahre hinziehen.

4,01 Euro pro Aktie

2007, als die Sparkassen die Landesbank für 5,6 Milliarden Euro gekauft haben, hatten die Sparkassen den Kleinaktionären 6,81 Euro für eine Aktie geboten. Diese Abfindung war vielen jedoch zu gering. Einige Anleger rechneten damit, dass die Bank weiterhin an der Börse notiert bleiben sollte und der Kurs doch noch steigen könnte.

Inzwischen hat sich die deutsche und die internationale Bankenlandschaft seit 2007 stark verändert. Die Finanzkrise wirkt sich auch auf die Ertragsmöglichkeiten im Finanzsektor aus.

Als der Squeeze Out ansteht, ist der Kurs deutlich gesunken: 4,01 Euro bekommen die Kleinaktionäre für eine Aktie. Diesen Wert haben Wirtschaftsprüfern festgelegt. Er spiegelt den Durchschnittskurs seit November 2011 wider. Mit der Ertragswertmethode stellte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG eine Bandbreite für eine Aktie von 3,61 bis 4,01 Euro fest.

Am 1. August 2012, als der Squeeze-Out Beschluss im Handelsregister eingetragen ist, gehen die Aktien schließlich per Gesetz auf die Erwerbs-KG über.

2014 - Markenwechsel zur Berliner Sparkasse

Die Landesbank Berlin wandelt sich zur Hauptstadtsparkasse und konzentriert sich künftig auf das Kundengeschäft in Berlin.

Im Zuge der Neuordnung der Geschäftsaktivitäten haben die Sparkassen als Eigentümer der LBB eine Empfehlung für die künftige Ausrichtung der Bank erarbeitet:

Die Landesbank Berlin soll sich als Berliner Sparkasse auf das Geschäft mit Privat- und Firmenkunden sowie auf die lokale gewerbliche Immobilienfinanzierung in der Region Berlin-Brandenburg konzentrieren. Die überregionale Immobilienfinanzierung sowie ausgewählte Finanzierungen an Auslandsstandorten übernimmt künftig die Berlin Hyp, die Immobilienfinanzierungsbank der Sparkassen-Finanzgruppe.

Gebündeltes Know-How an einem Standort

Das kundenbezogene Kapitalmarktgeschäft geht zusammen mit der LBB-INVEST an die DekaBank, das Wertpapierhaus der Sparkassen-Finanzgruppe, über.

Mit Beginn des Jahres 2014 zieht sich die Marke Landesbank Berlin (LBB) vom Markt zurück. Bis auf das überregionale Kreditkartengeschäft treten alle Geschäftsbereiche der Bank unter „Berliner Sparkasse“ auf.

2018 - 200 Jahre Berliner Sparkasse

Die Sparkasse feiert Geburtstag und erneuert ihr Verständnis des öffentlichen Auftrags von 1818.

Als Hauptstadtsparkasse hat die Berliner Sparkasse im Jubiläumsjahr und auch in Zukunft den Anspruch und die gesetzliche Verpflichtung für die Menschen und Unternehmen der Stadt da zu sein und in ihrem Interesse zu handeln. Berlin braucht für seine weitere Entwicklung als eine der attraktivsten Metropolen eine starke Sparkasse an seiner Seite, die sich der Stadt und ihren Bürgern verpflichtet fühlt.

Die Berliner Sparkasse befindet sich mitten in einer großen Veränderung, die alle Lebensbereiche enorm beeinflusst: die Digitalisierung. Sie bietet Chancen, fordert aber auch heraus. Die Aufgabe: in einer immer digitaler werdenden Welt die Kundennähe erhalten. Dazu begleitet sie ihre Kunden auf deren digitaler Reise sicher durch die Online-Welt– das ist ihr modernes Verständnis des öffentlichen Auftrags.

Ein unverzichtbarer, verantwortungsbewusster Teil dieser Stadt, ihrer Menschen und ihrer Zukunft zu sein heißt aber auch, sich gesellschaftlich zu engagieren – das findet sowohl finanziell als auch in vielfältigen Initiativen und Netzwerken der Berliner Sparkasse statt. Ein Schwerpunkt liegt auf den drei bestehenden Stiftungen der Berliner Sparkasse. Hinzu kommen die zentralen und dezentralen Spenden und Sponsorings sowie das PS-Sparen.

Auch in Zukunft wird die Berliner Sparkasse die Entwicklung der Stadt mitgestalten – als verlässlicher Partner in allen finanziellen Belangen und mit großem Engagement für die Menschen und Unternehmen dieser Stadt. Kurz gesagt: Sparkasse – Gut für Berlin.